

Ahr-Flut: lehrbuchartiger Blackout



Sechs Monate nach dem apokalyptischen Hochwasser im Ahrtal sind viele Fragen noch immer unbeantwortet. So die, wie es überhaupt zu dieser Katastrophe kommen konnte.

Eine Antwort schien anfangs greifbar. Auch einen Hauptverantwortlichen hatte man im Landrat und seinem Krisenmanagement zeitnah ausgemacht.

Doch bei genauerer Betrachtung der Umstände wird deutlich, wie schwierig die Aufarbeitung jener Unglücksnacht vom 14. zum 15. Juli 2021 ist. Insbesondere in der juristischen Dimension. Und auch ein Blick in die Historie macht nachdenklich um den laxen Umgang mit einer tickenden Zeitbombe. Denn die Flut war rein statistisch überfällig.

Wohl selten zuvor sind entlang des Flüsschens Ahr so viele Geschichten in einer Nacht entstanden. Die meisten sind traurig, verstörend, traumatisierend. Manch einer kann auch ein halbes Jahr danach keine Worte für das Erlebte finden. 134 Menschen können sich gar nicht mehr dazu äußern. Ihre Biografien endeten in einer braunen, nach Heizöl stinkenden Brühe zwischen Autowracks, Gastanks, entwurzelten Bäumen oder Häusernruinen.

Irgendwo in dieser Flut aus Geschehnissen schwimmt die Frage nach dem Warum mit. Wie konnte es zu dieser Katastrophe kommen?

Schlechtes Krisenmanagement, der Klimawandel, zugebaute Überschwemmungsgebiete, fehlende Warnsysteme, der Irrglaube, alles immer im Griff zu haben – die Ursachenforschung ist längst ein kunterbuntes Sammelsurium aus Fakten, Vermutungen und Interpretationen. Multiples Versagen gleich mehrerer Systeme und eine vergessene Vergangenheit zählen dazu.

Mittwoch, 14. Juli 2021, 20 Uhr. Die Tagesschau berichtet über Unwetter in Teilen Deutschlands. Vorzugsweise Nordrhein-Westfalen wird genannt. Dort ist ein Feuerwehrmann im Einsatz ertrunken. In Sachsen wird ein Mann von Wassermassen erfasst und gilt als vermisst.

Und die Lage in Rheinland-Pfalz, im Ahrtal? Kein Wort, kein Bild dazu. Es ist der Auftakt eines Blackouts, der das Ahrtal erfassen wird – medial, beim Krisenmanagement, der Stromversorgung, in der Telekommunikation, im Warn-, Evakuierungs- und Rettungssystem.

Dabei kämpfen Menschen bereits seit Stunden entlang der oberen Ahr mit stark steigenden Pegelständen – Flutbetroffene wie Hilfskräfte. Bereits am späten Nachmittag (17.07 Uhr) hat das Landesumweltamt die höchste Warnstufe ausgerufen: ein Hochwasser, wie es weniger als alle 50 Jahre vorkommt, ist zu erwarten. So baut sich mit Ansage eine Wasserfront auf und wird alles niederwalzen, was ihr auf dem Weg talabwärts Richtung Rheinmündung bei Sinzig begegnet.

Donnerstagmorgen, 15. Juli 2021. Das gemeinsame Frühstücksfernsehen von ARD und ZDF verantwortet an diesem Tag das Zweite Deutsche Fernsehen mit Sitz in Mainz. Mainz und das Ahrtal liegen in Rheinland-Pfalz. Man sollte also meinen, die Ereignisse der vergangenen Nacht sind das große Thema an diesem Morgen. Stattdessen berichtet ein Reporter vom Hochwasser der Wupper, über eine Apotheke, wo das Wasser vorne reinfließt und hinten wieder raus. Die Nachfrage zur Lage in Ahrweiler überhört er und redet von gefüllten Talsperren in Nordrhein-Westfalen.

Schaurig-schöne Ahrtal-Kulisse mit Geisterdörfern (im Bild Marienthal zwei Monate nach der Flut). Die Wassermassen zerstörten auch die gesamte Versorgungstechnik. Mobile Stromerzeuger mit aufgesetzten Lichtmasten leuchten die Ortschaften aus, die nachts quasi menschenleer sind.

Donnerstag, 15. Juli 2021, 14 Uhr. Die ZDF-Nachrichtensendung „Heute“ informiert über zerstörte Häuser entlang der Ahr, mindestens vier Tote und Dutzende Vermisste. Auch eine Brücke sei eingestürzt.

Ein Blick auf die Realität lässt vermuten, das Ahrtal liege im Urwald und weitab der Zivilisation, sei von der Welt abgeschnitten, auch für die Medien nicht erreichbar. Immerhin steht der Landrat für ein Interview zur Verfügung. Und hält fest: das sei die größte Katastrophe seit Ende des zweiten Weltkrieges. Die Zerstörungen haben Rettungskräfte schnell an ihre Grenzen geführt. Auch der Brand- und Katastrophenschutzinspekteur als Einsatzleiter kommt zu Wort. Drei Wochen später werden beide im Zentrum staatsanwaltlicher Ermittlungen stehen. Es geht um den Anfangsverdacht der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung. Zu diesem Zeitpunkt geht man von 141 Todesopfern, 17 Vermissten und 800 Verletzten aus. Und erkennt „massive Lücken im Alarmierungs- und Evakuierungsverhalten durch den Krisenstab der Kreisverwaltung Ahrweiler“. Der Landrat winkt ab. Er habe schon vor Jahren die gesamte Einsatzleitung für solche Fälle an „eine andere Person“ samt Krisenstab delegiert.

„Was für ein Krisenstab?“, fragt bereits Tage nach der Flut ein Experte für Krisenmanagement (KM). Wolfgang Grambs, ehemals Bundeswehr-Oberst und für Katastrophenschutz-Übungen auf Bund-Länder-Ebene zuständig, kennt die KM-Strukturen in Ahrweiler sehr genau. Wie viele andere auch, denn die Stadt ist auch Heimat der Katastrophenschutzschule des Bundes. Lehrkräfte, Berater, Ausbilder haben in der „Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und

Zivilschutz“ (AKNZ) über Jahre und Jahrzehnte nationale wie internationale Experten für dieses Sachgebiet geschult. Als AKNZ-Pensionäre blieben viele vor Ort und leben im Ahrtal und dessen Umland.

Schon diese Vorgaben lesen sich wie der Passus eines schlechten Drehbuchs: Ausgerechnet dort, wo im Bundesvergleich eine extreme Konzentration von Wissen und Fachleuten für das Krisenmanagement bei Naturkatastrophen zu Hause sind, führen die tatsächlichen KM-Fähigkeiten in die totale Katastrophe.

Dabei boten sich durchaus Chancen an, Schlimmeres abzuwenden. Frühzeitig gab es Warnungen von Bürgermeistern aus dem oberen Ahrtal, vom Landesumweltamt oder den Wetterdiensten. Mit Blick auf das Landschaftsbild war auch klar, dass es nur einen Abfluss für die zusätzlich durch Nebenflüsse der Ahr gespeisten Wassermassen gibt. Und der führt letztendlich durch Bad Neuenahr-Ahrweiler und Sinzig. Der zeitliche Vorsprung war also da und errechnete sich aus dem Scheitel der Flutwelle und ihrer Geschwindigkeit durch die Schluchten des Ahrtals. Vier, fünf, vielleicht sogar sechs Stunden würden vergehen, bis die Welle in der größten Stadt am Ausgang des Tals, Bad Neuenahr-Ahrweiler, eintreffen würde.

Doch der „lose zusammengewürfelte Haufen, der später als Krisenstab tituliert wurde“, so ein Insider, erkannte das wahre Ausmaß des aufziehenden Unheils nicht. Auch ein viel zu spät ausgerufenen Katastrophalarm rückte bald ins Zentrum der Kritik. Für Wolfgang Grambs das nächste Unding: „Es gibt in Rheinland-Pfalz keine gesetz-



Der Tag nach der nächtlichen Flut, im Bild der Marienhof zwischen Dernau und Marienthal. Das Ahrtal ist in weiten Zügen von der Außenwelt abgeschnitten. Ein genaues Bild der Lage gibt es weder im Krisenzentrum der Kreisverwaltung noch bei den Medien. Beiden kommt eine wichtige Rolle im Warnsystem zu, beide waren zu keinem Zeitpunkt in der Lage, das zu erfüllen.

lich klar definierte Beschreibung für einen Katastrophenfall und sich daraus ableitenden Möglichkeiten für erweiterte Befugnisse oder Hilfestellungen. Ein klares Versäumnis auf Landesebene.“

Ein internes Schreiben aus dem Landesinnenministerium an den rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten vom 14. Dezember 2021 bestätigt: „Das LBKG kennt den Begriff der Feststellung oder der Auslösung des Katastrophenfalles nicht.“

Das wirft Fragen auf. Mit welchen Erwartungen haben Bürgermeister der betroffenen Ahr-Ortschaften die Kreisverwaltung mehrmals aufgefordert, den Katastrophenfall auszulösen? Und welchen Zweck verfolgte der „Krisenstab“ des Kreises, als um 23.09 Uhr tatsächlich Katastrophenalarm gegeben wurde? Wußten die KM-Verantwortlichen im Ahrtal überhaupt, das es in Rheinland-Pfalz einen Katastrophenfall gar nicht gibt? War bekannt, das gemäß LBKG „nahtlos, ohne dass erst der Katastrophenfall ausgerufen werden muss, in die Katastrophenbekämpfung überzugehen ist“? Welche Möglichkeiten ergaben sich daraus für eine erweiterte Anforderung von Hilfs- und Rettungskräften durch die Gemeinden, Bundeswehreinsetzung inklusive?

Wo genau der politische Blackout in dieser Flutkrise seinen Ursprung hatte, lässt sich kaum ausmachen. Umso sichtbarer sind die Folgen.

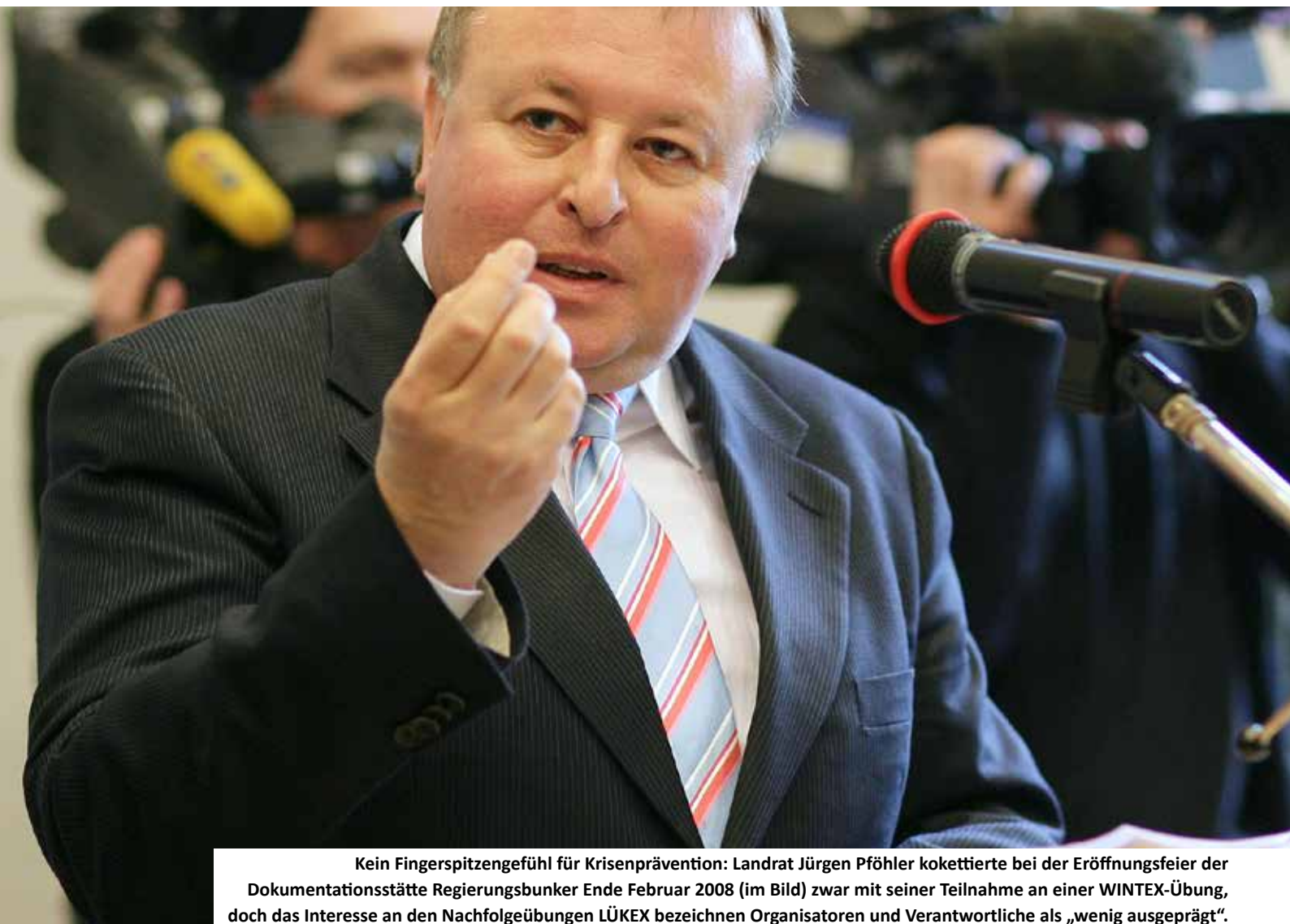
Die AKNZ und bundesweite Katastrophenschutz-Übungen spielen in diesem Szenario eine wichtige Rolle. Alle zwei Jahre wurden in LÜKEX

(Länder- und Ressortübergreifende Krisenmanagementübung (EXercise)) Gefahren- und Schadenslagen durchgespielt, wie sie durchaus in Deutschland vorkommen oder zu erwarten sind. Pandemien, Terroranschläge oder Cyber-Attacken zählten dazu. Bereits bei der ersten dieser Übungen 2004 stand eine Extremwetterlage mit großflächigem Stromausfall im Drehbuch. Dessen Autor in weiten Zügen: Wolfgang Grambs.

Beim Blick in die LÜKEX-Auswertungsberichte wird auch dokumentiert, wer mit übte. Große Industrieunternehmen aus Energiewirtschaft, Transportwesen oder Banken waren regelmäßig dabei. Auch Verbände, Bundesministerien, Länder oder Landkreise nahmen teil. Das LÜKEX-Hauptlagezentrum: Die AKNZ im Ahrtal.

Wer sich dort bei den bis heute acht Übungen jedoch nie blicken ließ: ausgerechnet die zuständigen Vertreter der Kreisverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler. Luftlinie trennt ihr Amt etwas mehr als einen Kilometer vom Deutschland-Ausbildungszentrum für Krisen und Notfälle.

Im Ahrweiler Stadtteil Godeneltern gelegen, war das AKNZ-Gelände in den 1960er Jahren eine Barackensiedlung für die Erbauer des Regierungsbunkers. Mit dessen Baufortschritt und der Verlegung der Bundesschule des „Technischen Hilfswerks“ vom Bunkerbauplatz in Marienthal nach Godeneltern und Moers, begann 1965 die Geschichte der AKNZ. 2021 wurde sie umbenannt in „Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung“ (BaBZ).



Kein Fingerspitzengefühl für Krisenprävention: Landrat Jürgen Pföhler kokettierte bei der Eröffnungsfeier der Dokumentationsstätte Regierungsbunker Ende Februar 2008 (im Bild) zwar mit seiner Teilnahme an einer WINTEX-Übung, doch das Interesse an den Nachfolgeübungen LÜKEX bezeichnen Organisatoren und Verantwortliche als „wenig ausgeprägt“.

Insofern ist das Ahrtal gesegnet mit Einrichtungen, deren Kernkompetenz in der Krisenbearbeitung liegt, ob national oder global, ob Naturkatastrophe oder Atomkrieg. Diese Tradition hat ihren Ursprung in den Gründungsjahren der Bundesrepublik.

Etwas mehr Geschichte bringen die Ahrhochwasser mit. Die Aufzeichnungen reichen bis ins Jahr 1348 zurück. Zwei galten bisher als extrem: die Fluten der Jahre 1804 und 1910. Jeweils mehr als 60 Todesopfer, starke Zerstörungen an Gebäuden und Brücken. Wobei die Bevölkerungs- wie auch Bebauungsdichte eine andere war. So zählte Dernau im Hochwasserjahr 1910 nicht einmal 1.100 Einwohner. Die aktuelle Statistik weist 1.700 Dernauer aus. Ein direkter Vergleich der Opferzahlen ist somit unmöglich.

Starke Ähnlichkeiten gibt es bei den meteorologischen Rahmenbedingungen im Vorfeld der Ausnahme-Fluten 1804, 1910 und 2021: stets im Sommer und durch lokale Starkregen eingeleitet. Dabei sind die errechneten Wassermengen des Jahres 1804 bis heute unerreicht. Rund eine Million Liter pro Sekunde transportierte die damalige Scheitelwelle Richtung Rhein. Im Normalfall sind es 8.000 Liter. Hydrologen setzen die Fluten der Jahre 1910 und 2021 auf ein identisches Niveau von 500.000 Litern je Sekunde.

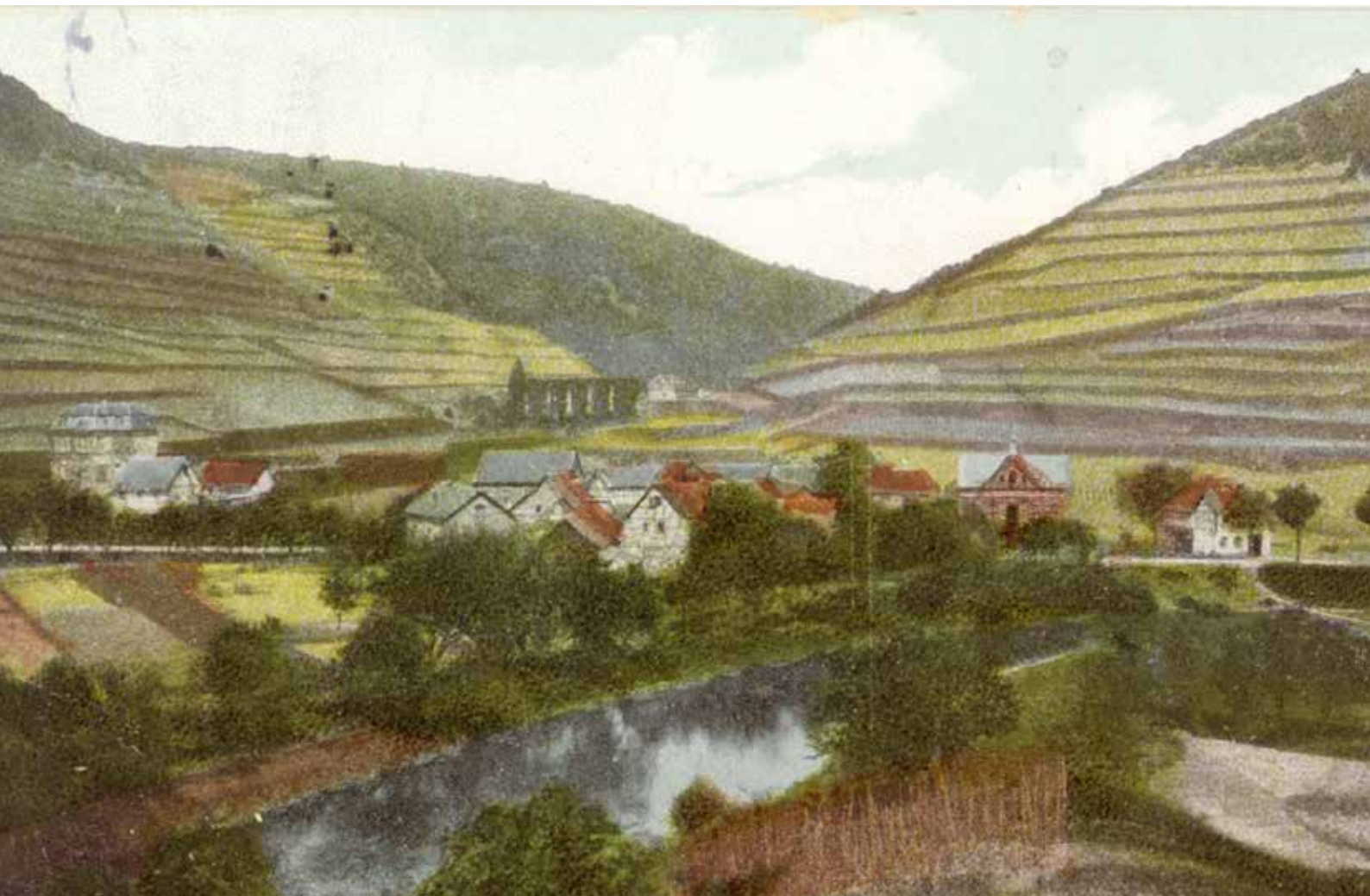
Mit der Vorgeschichte von fast 70 Hochwasserereignissen in 700 Jahren sollte man eigentlich meinen, dieses Thema stünde im Ranking eines regionalen Problembewusstseins ganz oben. Zumal ein Jahrhunderthochwasser nach 111 Jahren überfällig war. Die

Wetterberichte für das Ahrtal boten ab Anfang der fatalen Juliwoche 2021 gute Chancen für das rechtzeitige Anlaufen des Krisenmanagements. Anhaltender Starkregen und Überschwemmungen wurden spätestens 48 Stunden vor Eintritt zutreffend prognostiziert, die Warngebiete präzise eingegrenzt. Die Ahrregion war bei Beidem dabei.

Doch irgendwie ging alles schief – als Strom und Telefon noch funktionierten, und erst recht danach. Der Blackout griff rasch um sich und im Ahrtal gingen alle Lichter aus. Für viele wurde es schnell ein Kampf ums blanke Überleben. Die kollektive Wahrnehmung: Niemand hätte so etwas für möglich gehalten. Gemeint waren nicht nur die Naturgewalten. Es galt auch für das, was man als Krisenplan erwartet hatte.

Wenig tröstlich für alle Betroffenen dürfte sein, das eine solche „Großschadenslage“ auch in anderen Teilen des Landes auf Ahrweiler Verhältnisse gestoßen wäre. Eine Abfrage des rheinland-pfälzischen Landtages bei den Kreisverwaltungen ergab: nur drei verfügen über Krisenstäbe. Ahrweiler zählte nicht dazu.

Selbst die Begrifflichkeit eines „Katastrophenschutzentrums sei nicht eindeutig definiert“ kritisierten die Zuständigen bei ihren Rückmeldungen. Es beschreibt das politische KM-Dilemma, so Grambs. „Die rechtlichen Grundlagen zum Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz sind durch die Bank veraltet, in sich widersprüchlich und zum Teil verwirrend.“ Das zugrunde liegende Gesetz stammt aus dem Jahr 1981



Marienthal vor dem Jahrhunderthochwasser 1910. Die dokumentierten Extremfluten der zurückliegenden 200 Jahre haben stets viele Tote und massive Zerstörungen hinterlassen. Dem Wiederaufbau folgte die Ausweisung neuer Baugebiete, die auch in traditionellen Überschwemmungszonen lagen - für Marienthal die Ackerflächen links im Bild direkt an der Ahr. Dort starben drei von vier Marienthalern bei der Flut 2021.

und wurde vor dem Hintergrund eines Atomkrieges mit dem Ostblock aufgelegt.

Auf das „große Elend des Landes beim Katastrophenschutz“ ist ein anderer, namhafter KM-Experte auch bei der Internetrecherche gestoßen. Dort informiert die Landesregierung unter anderem, sie habe nach den Terroranschlägen 2001 einen Krisenstab gebildet, dem Staatssekretäre oder Abteilungsleiter angehören. Ein rein politisches Gremium. Den Kopf bildet das Innenministerium. Jährlich sind zwei Treffen für einen Erfahrungsaustausch anberaumt. Das Aufgabenprofil für den Ernstfall wird so beschrieben: „Im Rahmen der Bewältigung von Großschadensereignissen, großflächigen Gefahrenlagen und anderen außergewöhnlichen Ereignissen wird der Krisenstab der Landesregierung tätig bei Koordinierungsaufgaben der Ressorts, mit dem Bund, den Bundesländern, den Nachbarstaaten und sonstigen Stellen im Rahmen der abgestimmten Wege im Katastrophenschutz.“

Doch offenbar erfüllte die Ahr-Flut nicht die erforderlichen Kriterien für eine Aktivierung des Landes-Krisenstabes. Stattdessen wurde die Einsatzleitung zwei Tage nach der Flutnacht der Dienstleistungs- und Aufsichtsdirektion (ADD) mit Sitz in Trier übertragen.

Es schloss sich eine weitere Fehlentscheidung an, so KM-Experte Grambs: die Installation einer gemeinsamen Einsatzleitung des Kreises und des Landes inmitten des Katastrophengebietes. „Ein übergeordneter und koordinierender Krisenstab und klare Strukturen des Krisenmanagements sehen anders aus“.

Das Kompetenzwirrwarr in einer Katastrophe hat Wolfgang Grambs auch bei genauerer Durchsicht des „Landesgesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz“ (LBKG) verwundert. „Formal juristisch sind Städte und Gemeinden im engeren Sinne des LBKG keine Katastrophenschutzbehörden. Im weiteren Kontext des LBKG und anderer Vorschriften und Landesvorgaben werden ihnen allerdings eindeutige Aufgaben und Zuständigkeiten im Rahmen des Katastrophenschutzes zugewiesen, zum Teil bevor die Zuständigkeiten der Kreisverwaltungen greifen. Dies trifft insbesondere für die rechtzeitige Warnung der Bevölkerung zu und für Evakuierungen voraussichtlich besonders betroffener Gebiete oder besonderer Einrichtungen.“

Widersprüchlichkeiten bei den Vorgaben des Landes – die könnten auch im juristischen Aufarbeitungsprozess der Ahrflut noch eine Rolle spielen. Denn der in die Kritik geratene Landrat hat bereits an anderer Stelle und sehr früh deutlich gemacht, ihm sei nichts vorzuwerfen.

Sollten die vom Land gesetzten Rahmenbedingungen so löchrig sein, dass fehlende Rechtsnormen und unklare Definitionen von Katastrophenalarm oder Zuständigkeit rein juristisch gesehen eine erfolgreiche Krisenbearbeitung des Ahrhochwassers von vornherein unmöglich machten, wird die Schuldfrage kaum zu beantworten sein. Diese steht seit August 2021 im Zentrum staatsanwaltschaftlicher Untersuchungen. Auf die Koblenzer Juristen kommt so eine Mammutaufgabe zu. Aufzuarbeiten sind nicht nur die Ereignisse der Flutnacht, sondern auch ihre Wechselwirkungen mit Gesetzen, Vorgaben und daraus resultierenden Möglichkeiten einer Abwehr.



134 Todesopfer, fast 800 Verletzte und ein Sachschaden in zweistelliger Milliardenhöhe sind das Ergebnis von weniger als 12 Stunden Extremflut. Viele Todesfälle hätten, so Experten übereinstimmend, mit einem guten Krisenmanagement bei rechtzeitiger Warnung und Evakuierung vermieden werden können, was nun Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen ist.

Wie ein solches Verfahren ausgehen kann, sollte es je eröffnet werden, zeigt der Duisburger Prozess um 21 Todesfälle und 650 Verletzte der Love Parade-Katastrophe 2010. Zehn Jahre nach dem Unglück wurde der Prozess 2020 ohne Urteil eingestellt. Für alle Opfer und ihre Angehörigen die Katastrophe in der Katastrophe. Ein Gutachten sollte zuletzt in ihrem Sinne „Struktur und Durchblick im Dickicht des sich mehrfach überlagernden, multikausalen Geschehens“ schaffen. Doch die Staatsanwaltschaft folgte letztendlich dem Vorschlag des Landgerichts, das Verfahren einzustellen.

Auch die Ahrflut mit 134 Todesopfern und 766 Verletzten weist in ihrem Ablauf ein sich „mehrfach überlagerndes, multikausales Geschehen“ auf. Sollte das Teil eines Gerichtsverfahrens werden, gilt unter Experten schon jetzt das Entflechten als schwierig bis unmöglich. Zeitintensiv und aufwändig wäre es außerdem und läuft gegen Verjährungsfristen an. Im Duisburger Fall war die nach zehn Jahren erreicht. Wird dann auch noch um Auslegungen von Landesvorgaben und ihrer lokalen Umsetzbarkeit zwischen einem CDU-Landrat und einem SPD-Innenministerium gerungen, ist eine unwürdige, zweite Schlamm-schlacht – über die der Tage des Aufräumens hinaus – garantiert.

Eine verlässliche Prognose im Aufarbeitungsprozess um Schuld, Mitschuld, fahrlässiges oder wissentliches Fehlverhalten ist vor diesem Hintergrund der Blick in die Kristallkugel.

Sicher vorhersagen lassen sich dagegen – mindestens – zwei Entwicklungen. Erstens wird es auch in Zukunft Extremhochwasser wie das

jüngste geben. Statistisch gesehen ist die nächste Monsterwelle um das Jahr 2130 zu erwarten.

Und zweitens wird die 2021er Katastrophe als lehrbuchartiger Blackout in jedem Seminarplan angehender Krisenmanager seinen Platz finden. Nur dann ist es kein fiktives Übungsgeschehen, sondern analysiert reales, multiples Versagen im Umfeld einer Naturkatastrophe.

Schulungsteilnehmer dürften dann auch aus der Kreisverwaltung Ahrweiler zu erwarten sein.

(14. Januar 2022)



Bilder wie aus einem Kriegsgebiet. Für künftige Katastrophenschützer wird das Ahrhochwasser 2021 seinen Platz im Ausbildungsplan finden, wenn es um die Analyse eines „suboptimalen“ Krisenmanagements geht. Ausgerechnet im Ahrtal befindet sich die Ausbildungsschule des Bundes, die nationale wie auch internationale Krisenmanager aus- und weiterbildet, seit Jahrzehnten so auch auf Naturkatastrophen und deren Auswirkungen vorbereitet.